

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Veranlagungsbeiträge lösen von Seite 76 ab. — Zeit- und Geschäftsangelegenheiten werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schatz; Druck: G. Ganssman & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jämlich Hofmann, Wiesbadenstr. 39-42. Teleph. Nr. 89, 93 u. 274. Telegr. Nr.: Hildesheim & Schum.

### Euch ist die größte Macht gegeben!

(Ausruf zur preussischen Landtagswahl am 20. Februar 1921.)

Steigt aus den dunklen Kohlenhöhlen,  
Ihr Knappen, in das helle Licht  
Und richtet jene, die euch knechten,  
Denn heute seid ihr das Gericht!  
Das Urteil sollt ihr heute sprechen!  
Den Damm des Rükschritts sollt ihr brechen!  
Man hat euch lang genug gequält!  
Geh! an die Urne! Urteilt! Wählt!

Man hat gar schnell das Wort gebrochen,  
Das man in schwerer Zeit euch gab.  
Bergeht nicht, was man euch versprochen!  
Gräbt dem Profit das tiefste Grab!  
Marschiert zur Wahl in dichten Schwären  
Und jagt das Kapital zu Baaren!  
Wer heute seine Pflicht vergißt,  
Bergibt, daß er ein Bergmann ist!

Auf euch läßt sich das Staatsgebäude,  
Ihr seid der Wirtschaft Fundament.  
Ihr spendet Wärme, Licht und Freude,  
Von der man euch noch immer trennt.  
Euch ist die größte Macht gegeben,  
Sie wird euch aus dem Elend heben,  
Wenn ihr euch selbst von ihm befreit  
Durch eure Macht: die Einigkeit!

Es gilt, ein neues Reich zu bauen,  
Das Reich der Menschenbruderschaft.  
Drum weßt die Zagen und die Lanen  
Aus ihrer dumpfen Heilshaft.  
Heraus, ihr Knappen, aus den Gruben!  
Heraus, ihr Frauen, aus den Stuben!  
Erlösen kann euch nur die Tat!  
Wie ihr seid, so ist auch der Staat!

Witold Kallnowski.

### Ausruf des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der Welt folgenden Ausruf:

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Großmächte, die angeht den Völkern errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Wier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege geliebt. Wier Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, hören die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, dafür büßen.

Ihre Kinder und Kindeskiner sollen bekommen und sterben, sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungefähr ebensobiel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege anwuchs, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeteilt werden. Erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturkräfte zum großen Teil genommen, und dem man den Köstlich der Werte seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Geb und Erbitterung werden sich in die Herzen einstecken, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverständigung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, ihr habt das Wort!

Diesem Ausruf schließen sich an der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Verband der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Es herrscht in allen politischen Parteien Deutschlands nur eine Meinung, daß die Pariser Vorschläge von uns nicht angenommen werden dürfen, weil sie unersüßlich sind. Darüber ist man sich einig, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten. Die ihm zugemutete ungeheuerliche Belastung müßte das deutsche Volk erdrücken. Die Reichsregierung tat gut daran, die Einladung der Ententeregierungen, am 1. März nach London zu kommen, anzunehmen, statt mit den internationalen Surrepatrioten, die in München sogar mit — — Kommunisten angehandelt haben (!) zum „Kampf gegen die Entente“, die Wahnsinnspolitik der Militaristen und Monarchisten zu machen. Die deutsche Regierung muß solche Vorschläge ausarbeiten, die erkennen lassen, daß das deutsche Volk ehrlich gewillt ist, nach besten Kräften die Bestimmungen des Versailler „Friedensvertrages“ zu erfüllen. Ueber unsere Kraft können wir aber nicht hinaus. Das muß in den Londoner Verhandlungen deutlich gesagt werden.

In recht anschaulicher Weise hat Dr. Walter Rathenau im „Berliner Tageblatt“ die ungeheuerliche Größe der von uns geforderten Kriegsschadensabrigung geschildert, indem er schreibt:

„Was wir an Kriegsschadensabrigung leisten, muß erarbeitet werden. Alles, was wir zahlen, sind Güter, Güter sind Arbeit. Die Arbeitsleistung eines Volkes ist begrenzt. Sie wird bei gegebener Kraft gemessen in Zeit. Diese Zeit nennt man Arbeitsstunden. Bis-

zehn Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind und geblieben, das Jahr hat 300 Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung 8 Arbeitsstunden, das ergibt für 15 Millionen Arbeitende insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach heutigen Stande der Technik kann man mit einer reinen Wertschöpfung von einer halben Goldmark mit einer reinen Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine Gesamtverwertung des Landes von 18 Milliarden. Vor dem Kriege verbrauchte das deutsche Volk für seine Lebensführung jährlich an Werten eines 21 Milliarden; von den 18 Milliarden Werten, die wir heute erzeugen, müssen wir 3 Milliarden hergeben zur Bezahlung der Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe. Es bleiben somit für unseren Verbrauch 12 Milliarden, die sich aber durch Zahlung der Kriegsschadensabrigung allmählich bis um 6 Milliarden verringern sollen. Es wird also von uns verlangt, entweder daß wir unser Verbrauch auf den vierten Teil des Friedensbedarfs einschränken, oder daß wir unsere Arbeitszeit ohne Verbrauchserhöhung um 6 auf 11 Stunden täglich verlängern: Wissen die Arbeiterschaften der Ententestaaten, was ihre Staatsmänner in ihrem Namen von der deutschen Arbeiterschaft fordern, weiß es Amerika, wissen es die neutralen Staaten, daß man von Deutschland die Forderung des vierzehntägigen Arbeitstages verlangt, weiß man, welche weltwirtschaftliche Wirkung diese vierzehntägige Gefängnisarbeit eines 60-Millionen-Volkes 14 Menschenalter hervorbringt?

Die von uns geforderte Arbeitsleistung ist also eine phantastisch hohe. Wir können uns nicht vorstellen, daß ein einigermaßen volkswirtschaftlich orientierter Mensch an die Erfüllung der Pariser Forderungen glaubt.

Anderer steht es mit der Forderung der Entwaffnung der ungeschützten Einwohnerwehren, der Orgelebereine und ähnlicher Geheimblinde militaristisch-monarchistischen Charakters. Es liegt auch durchaus im Interesse einer ruhigen innerpolitischen Entwicklung Deutschlands in demokratischer Richtung, daß jene Geheimbinde, deren gewaltpolitischer, antidemokratischer Zweck nicht mehr bestritten werden kann, sofort entwaffnet und aufgelöst werden! Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände haben bekanntlich schon vor einigen Wochen die Reichsregierung ersucht, im Interesse der Sicherung Deutschlands die Entwaffnung der ungeschützten Orgele-Einwohnerwehren sofort durchzuführen. Man hat aber so lange gezögert, bis nun die Ententeregierungen die Entwaffnung kategorisch befristet forderten. In diese schlimme Lage hat uns in erster Linie die besonders orgeschreuliche, natürlich dafür sozialistenfeindliche bayerische Kahr-Regierung gebracht. Auch nun noch, wo die Ententetruppen über den Rhein vorrücken sollen, wenn die Entwaffnungsfrist nicht eingehalten werden. Strauß sich die bayerische Regierung, völlig unter dem Einfluß der deutschnationalen, der deutschen und bayerischen Volkspartei (bayerisches Zentrum) stehend, ihre Orgele widerstandslos herauszugeben. Die Orgeleleute demonstrieren gegen „Berlin“ und schließen in München mit den — — Kommunisten „Waffenbrüderschaft“! Und doch sollen die Orgele-Einwohnerwehren angeblich „nur der Selbstschutz der Ordnungselemente“ gegen — — die Kommunisten sein! Daran glaubt natürlich heute kein vernünftiger Mensch mehr.

Die innerpolitische Beruhigung und nun auch die außenpolitische Sicherung Deutschlands verlangt unweigerlich die Entwaffnung aller Elemente, die nicht von Gesetzes wegen zum Waffentragen berechtigt sind. Das ist der Reichsregierung bereits vor Wochen von den Gewerkschaftsvertretern gesagt worden. Zumal die rechtliche, wirtschaftliche, soziale Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich mit den geistlichen Waffentragern

lichen, militaristisch-monarchistisch gesinnten Orgele-Einwohnerwehren in eine „Einheitsfront“ zu stellen. Unsere Kameraden wollen überhaupt Schluss mit der militaristischen Verrohung der Menschen! Wenn sich die Orgeleianer weigern sollten, sich zu entwaffnen, so würde dadurch die Entente eingeladen, weitere Teile Deutschlands zu besetzen! Soll es erst dazu kommen?

### Fort mit den Berggewerbegerichten!

Zu den am 5. und 8. Februar 1921 in Essen abgehaltenen gemeindefälligen Sitzungen der Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets wurde nochmals zu der Frage über Aufhebung der Berggewerbegerichte Stellung genommen. Zu dem Wunsch der Gesamtarbeitskammer vom 25. Januar 1921 wurde von den Vertretern der beiden vorgenannten Gruppen gegen die Stimme des Vertreters der oberen Bergbeamten nachfolgende Begründung angenommen und beschlossen, dieselbe dem Preussischen Handelsministerium in Berlin zu überreichen:

In der Entscheidung der Berggewerbegerichte, die schon in der Vergangenheit zu betrüblichen Klagen der Bergarbeiter Anlaß gegeben hat, ist eine Besserung durchaus nicht eingetreten. In den meisten Fällen werden die Arbeitgeber im Bergbau durch juristisch vorgeschulten Personen vertreten, denen gegenüber die fast vollständig ungeschulten Arbeiter im Nachteil sind. Die Vorhände der Spruchkammern haben sich trotzdem in ihrer Mehrzahl auch jetzt in der Zeit der Gemeindefälligkeit noch nicht dazu entschließen können, Angehörige der gewerkschaftlichen Organisationen als Prozessvertreter zuzulassen. So selbst Arbeiter wurden, sofern sie nochmals ihre Arbeitskameraden zu vertreten suchten, als Prozessvertreter nicht zugelassen. Die Arbeitnehmerschaft bezeichnet ein derartiges Vorgehen als ein unabhängiges Verhalten.

Die Urteile der Spruchkammern des Berggewerbegerichts sind es geradezu unüberwindlich und lassen auf offene Paragrafen für die Arbeiter schließen. Von objektiver Behandlung der Streitfälle durch die Vorstände kann keine Rede mehr sein.

Wenn Tarifbestimmungen einseitig zugunsten der Arbeitgeber aufgelegt werden:

wenn der Tarifverhandlung sich weigert, über den Streitgegenstand zu verhandeln, obwohl die Zuständigkeit der Spruchkammer besteht; wenn der Vorhände nach Eingang einer Erklärung der beklagten Seite dem Kläger die Jurisdiktion der Klage anheimstellt (was der Kläger als eine Beeinträchtigung seines Willens empfinden muß); wenn der Vorhände die Zeugen der Sache vernimmt, dagegen die vom Kläger benannten und vom Gericht geladenen Zeugen trotz Ersuchens des Klägers nicht vernimmt;

wenn dazu auch noch der Vorhände, der häufig herabwürdlich, immer aber berastet und geistlich die Arbeitserfreier nachteilig, die Arbeitgeber und deren Vertreter lebenswichtig bekräftigt, die Arbeiter aber häufig durch anführt und herabwürdlich macht.

Leiderhaupt wurde vielfach die Behauptung gemacht, daß die Bestimmungen der Arbeitsverhandlung von den Vorhänden der einzelnen Spruchkammern einseitig zugunsten der Arbeitgeber gehandhabt wurden.

Über auch noch aus anderen Gründen ist die Aufhebung der Berggewerbegerichte erforderlich:

Bei Schaffung des Gewerbegerichtsgesetzes waren die Besonderen Bestimmungen des Bergbaus in Rücksicht auf wenig gestellt. Auch im Bergbau entbrach das Arbeitsrecht dem individuellen Verträge. Denn im Gewerbegerichtsgebiete für den Bergbau der 82 geltend wurde und von dem Rechte dieses Paragrafen die Landesbestimmungen für einzelne Bergwerke Gebrauch gemacht haben, so mag das dem damals vorhandenen Bedürfnis entsprechen haben.

An Stelle des individuellen Arbeitsrechts ist nunmehr durch Schaffung der Arbeitsgemeinschaften und der Tarifverträge im Bergbau das kollektive Arbeitsrecht getreten. Die Tarifverträge haben gesetzliche Anerkennung erhalten. Im Bergbau sind dadurch die Arbeitsverhältnisse erheblich verbessert und geklärt. Aus diesen Erwägungen heraus liegt für die Beibehaltung des § 82 des Gewerbegerichtsgebietes kein Grund mehr vor.

Die Arbeitergruppe der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau fordert daher unter Aufhebung des § 82 des Gewerbegerichtsgebietes, die Behandlung der aus dem Bergbau sich ergebenden Streitfälle den örtlichen Gewerbegerichten zu übertragen.

Gegen die Rechtsprechung der Berggewerbegerichte hat unser Verband seit Jahrzehnten einen Kampf führen müssen, ohne daß eine Milderung eintrat. Es kann eben niemand über seinen Schatten springen. Die mit der Rechtsprechung betrauten Bergarbeiterbeamten leben viel zu sehr im Geiste der Werkbesitzer, um den Bergarbeitern gerecht werden zu können. Was wir in dieser Beziehung schon erlebt haben, ist unglücklich und rechtfertigt unsere Forderung: Fort mit den Berggewerbegerichten!

### Kaliindustrielle gegen Sachse.

Gewisse Großindustriellen glauben sich wieder auf „hohe Weid“ setzen zu können sogar unter Mißachtung der den Arbeitervertretern gesetzlich übertragenen Rechte. Mutig, wie diese „Industriekapitane“ nun einmal sind, langieren sie Verhöhnungen gegen ihnen unbequame Arbeitervertreter in der Presse. So geschieht es jetzt gegen unseren Kameraden Hermann Sachse seitens gewisser Kaliwerksausbeuter.

Unser Kamerad ist bekanntlich auf Grund des Kaliwirtschaftsgebietes als Arbeitervertreter in die geschäftsführende Direktion des Kaliyndikats entsandt worden. Es dauerte sehr lange, bis die Kaliwerksherren einwilligten, Sachse zu akzeptieren. Im Kaliwirtschaftsgebiet resp. seinen Ausführungsbestimmungen ist nämlich (wie im Kohlenwirtschaftsgebiet) gegen den Widerspruch der Arbeitervertreter vorgeschrieben, daß die Arbeiterseite nur das Vorschlagsrecht für ihre Direktionsmitglieder hat. Die Werkbesitzer haben das Auswahlsrecht. Obgleich Kamerad Sachse von allen Arbeitnehmersverbänden als ihr erster Kandidat vorgeschlagen worden war, verhielten gewisse Werkbesitzer, diesen Vorschlag „von hinten run“ zu hinterreiben, indem sie andere Arbeiterkandidaten voranzulassen wollten, sich mit der Werkseite zu verständigen! Dies übte Spiel mihlang. Sachse über den ersten Arbeitnehmerkandidat und mußte schließlich weichen abgelehrt werden.

So „beliebt“ ist unser Kamerad Sachse bei den Kaliindustriellen. Daß er im Syndikatsdirektionsbureau auf sich geltend machen wird, wird nicht bezweifelt werden können. Die Mitglieder der Direktoren können sich leicht dazu entschließen, einen

Arbeitnehmer als Gleichberechtigten anzusehen. Das gefühlte natürlich gern, wenn der Arbeitnehmervertreter zum Unternehmervertreter würde. Diese Wandlung vollzieht Kamerad Sachse natürlich nicht! Und darum wird er jetzt in der Kapitalistenpresse als — „Zweiseelenpraktiker“ verächtlich!

Worum es sich handelt, ergeben unsere Leser aus folgender Aufschrift unseres Kameraden Sachse an die „Kriegszeitung“:

„Sehr geehrte Redaktion!“

In Nummer 10 der „Kriegszeitung“ vom 6. Februar bringen Sie unter der Überschrift: „Der Sachse, der Zweiseelenpraktiker“ einen Artikel, welcher sich nochmals mit der Ablehnung der Preisfrage befaßt. In demselben wird den Arbeitnehmervertretern im Reichskollatrat „No ut des, Vollst!“ und dann „nachte Interessendolst!“ vorgeworfen und mir, dem ergebnis Unterzeichnenden, wird die ablehnende Abstimmung zum Vorwurf gemacht. Ich hätte dabei die Spieltheorie in eine etwas merkwürdige Praxis umgesetzt. Es wird nämlich in dem Artikel behauptet, ich hätte mich im Ausschus des Kollatrats als wohlbestellter Direktor des Kollatrats mit großer Wärme und aus voller, lebhaft betonter, innerer Überzeugung wiederholt für die unbedingte Notwendigkeit der beantragten Preisrückführung ausgesprochen, dagegen als ehrenamtlicher Arbeitnehmervertreter im Reichskollatrat dann gegen diese von ihm befürwortete Preisrückführung gestimmt und damit eine Entscheidung herbeigeführt, deren Wirkung sich gegen zahlreiche Arbeiter und Angestellte der Kollatratindustrie fühlbar machen muß.

Demgegenüber bitte ich, folgendes feststellen zu dürfen: Die Arbeitnehmervertreter haben ausdrücklich im Voraus erklärt, daß angesichts des außerordentlich schlechten Auslandsabfahres, der alle Gewinne abwirft, und der schlechten unrentablen Inlandspreise sie nicht prinzipiell gegen eine Preisrückführung wären, aber angesichts der schlechten Löhne und Gehälter in der Kollatratindustrie, die durch den wenig entgegenkommenden Schiedspruch noch nicht genügend geregelt seien, könnten sie zurzeit aus tatsächlichen Gründen der Preisrückführung nicht zustimmen. Wer die Stimmung in den Kreisen der Kollatratarbeiter kennt, weiß, daß es sehr unheilvoll wirken würde, wenn bei einer Preisrückführung um 50 Prozent die Arbeitnehmer leer ausgehen würden. Wenn die Arbeitnehmervertreter Anteil verhalten wollen und der Artikelschreiber das „nachte Interessendolst!“ nennt, so ist das, gelinde gesagt, Geschmacksfrage. Die Arbeitnehmervertreter stehen allerdings noch ihrer Ansicht nicht im Kollatrat, um die Arbeitgeberinteressen zu vertreten.

Zu dem Zwecke sind drei Syndikats- und fünf Vertretervertreter vorhanden. Die Verbraucher und ihr Handel haben ebenfalls ihre besonderen Vertreter. So schreibt es das Gesetz vor. Alle diese abweichenden Interessen sollen also durch die verschiedenen Interessengruppen im Kollatrat vertreten werden. Mit welchem Recht will man also den Arbeitnehmervertretern Vorrang machen, wenn sie die Interessen ihrer Gruppe dort so wahrnehmen, wie das die anderen Gruppen auch tun? Weshalb also die völlig unberechtigte Vorwürfe?

Das speziell mein angeblich widersprüchliches Verhalten in der Kommission des Kollatrats und meine Abstimmung im Reichskollatrat betrifft, so sagt mir der Herr Artikelautor die Sachen nach, die er nicht verstanden kann, denn seine Darstellung ist unklar. Es ist nicht wahr, daß ich in der genannten Kommission, wiederholt mit großer Wärme und aus voller, lebhaft betonter innerer Überzeugung mich für die unbedingte Notwendigkeit der beantragten Preisrückführung ausgesprochen habe. Laut Protokoll der fraglichen Sitzung vom 18. Januar d. J. habe ich gleich anfangs wegen der prozentualen Höhe meine Bedenken ausgesprochen und habe auch sofort darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft und namentlich die Kollatratarbeiter eine solche Höhe bei der geringen Lohnaufbesserung, wie sie der bekannte Schiedspruch bringe, nicht ruhig hinnehmen würden, weil sie 10—12 Mk. pro Schicht weniger erhalten würden wie die Braunkohlenarbeiter. Weiter habe ich ausdrücklich darauf verwiesen, daß Herr Generaldirektor Kollatrat gesagt habe, selbst bei 60 Proz. pro Tonne könnten noch gute Geschäfte gemacht werden, und daß diese Worte eines Generaldirektors nun ausgeschrieben würden.

Auf den vorstehenden Lohnunterschied habe ich auch im Kollatrat am 1. Februar wieder hingewiesen, habe gesagt, daß ohne neue Lohnaufbesserung die Arbeitnehmervertreter die Verantwortung für die Preisrückführung nicht übernehmen könnten und Unheil daraus entstände. Ich fügte hinzu, der Arbeitgeberverband hätte vor der Sitzung des Kollatrats die Lohnverbindlichkeiten mit den Arbeitern und Angestellten einleiten müssen. Ich war also vor wie nach mich für eine Preisrückführung, aber vorher sollte die Lohnregelung stattfinden. So ist der wahre Sachverhalt. Von einer widersprüchlichen Haltung oder „Zweiseelenpraktiker“ kann also nicht in geringem Maße gesprochen werden. Selbst wenn ich aber im Kollatrat für die Preisrückführung gestimmt hätte, so wäre sie trotzdem nicht in Kraft getreten, weil, wie uns vor der Abstimmung bekannt war, das Reichskabinett am Tage vorher beschlossen hatte, die etwaige Preisrückführung nicht zu genehmigen. Wir kann man also die Verantwortung nicht aufbürden.

Dies zur Steuer der Wahrheit!  
Berlin, den 8. Februar 1921.  
S. Sachse."

Kamerad Sachse hat also pflichtgemäß als Arbeitnehmervertreter gehandelt, ohne dabei die Interessen der Kollatratindustrie zu mißachten. Unter „Kollatratindustrie“ verstehen wir nicht die Leute, welche sich nur mit ihrem Kapital in der Industrie „betätigen“. Vor allem rechnen wir nicht zu den Wählern der Industrieinteressen jene rüchichtslosen Gründer und Spekulanten, durch deren Gewinntrieb hauptsächlich die Kollatratindustrie in ihre kritische Lage hineingetrieben worden ist! Von 1910 bis heute hat sich die Zahl der Kollatratwerke von 68 auf über 200 erhöht. Rational ausgerüstet, reichten 60 bis

70 Kollatratwerke aus, den gegenwärtigen Kollatratbedarf zu decken! Das ein so kraßes Mißverhältnis eintreten würde, ist längst vorausgesehen worden. Aber die spekulationswütige Uebergründerei ging weiter und die Uebergründer spielten sich gar noch als „Hohlhüter des Vaterlandes“ auf. Nun wir in den Schlamassel hineingegründet sind, wollen die Spekulanten auch noch als — „Ankläger auftreten! Weil viel zu viel Werke gegründet worden sind, sank die auf jedes Werk entfallende Syndikatsbeteiligungsanteile in so ruhmreicher Weise, daß nur ein Minderteil der Forderungsfähigkeit angesetzt werden konnte und infolgedessen die Verteilungskosten unvernünftig hoch gingen. Das wurde immer wieder durch direkte und indirekte Preisrückführungen auszugleichen bestritten. Jetzt beantragten die Werksbesitzer sogar eine Preisrückführung von 50 bis 55 Prozent!

Weil das natürlich auf Widerpruch stieß, die Arbeiter und Angestellten nun auch ihre Bedingungen stellten, deshalb die „Entzweiung“. Unser Kamerad Sachse, dessen gesetzlicher Auftrag auf Vertretung der Arbeitnehmer lautet, soll nur weil er seine Pflicht als Arbeitnehmervertreter erfüllt, dem rasenden fallhauenden See zum Opfer fallen.

Wir raten den Kollatratärzten, den Vogen nicht zu strafen zu spannen! Der abliegende Weis würde auf den Schultern aufliegen. Daß die Arbeiterorganisation ihre Vertreter nicht mißhandeln läßt, darauf können sich die spekulationsfrohen „Industriekapitäne“ sicher verlassen!

## Vollwirtschaftliche Rundschau.

### Die Verteuerung unserer Lebenshaltung

wird von dem statistischen Statistiker Dr. Kuczynski für Groß-Berlin wie folgt berechnet (in Mark):

	Mann	Cherpaar	Cherpaar mit 2 Kindern
Ernährung	57	97	146
Wohnung	9	9	9
Bekleidung, Beleuchtung	24	28	28
Befeidigung	30	50	70
Sonstiges	39	59	82
1920 Dezember	158	238	330
Juni	147	217	304
Januar	114	167	220
August 1913/Juni 1914	16,75	22,80	28,80

Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinverdienenden Mann 8250 Mk., für das kinderlose Ehepaar 12 400 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 200 Mk.

Auch der bekannte Statistiker Calwer errechnet für das Jahr 1920 eine bedeutende Verteuerung unserer Lebenshaltung. Nach seiner Berechnung müßte eine fünfköpfige Familie wöchentlich für eine bestimmte Nahrungsmittelmenge ausgeben:

	1918	1920
Januar	26,01 Mk.	130,65 Mk.
Juni	25,35 "	232,15 "
Dezember	25,46 "	269,75 "

Die Verteuerung der Rechtspartien, die Lebenshaltung des Volkes würde verbleiben, wenn wir „von roten Ketten frei seien“, ist also nicht erfüllt worden. Seit Juni 1920 hat kein Sozialdemokrat mehr in der Reichsregierung, aber die Lebenskosten sind von da an noch stärker gestiegen.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Ursachen der Weltkohlennot.

Nach den Nachrichten aus dem Auslande darf man annehmen, daß in absehbarer Zeit keine Kohlennot, sondern wieder ein Kohlenüberschuß vorhanden sein wird. In Nordamerika ist 1920 die Kohlenförderung so bedeutend gestiegen, daß nun amerikanische Kohle in Europa, wie sie im Vorjahre bis zu 40 Dollar (2400 deutsche Papiermark) kostete, nun schon zu 12 Dollar angeboten ist. Infolge der kostlos gestunkenen Seestraßen kann die amerikanische Kohle nun der britischen Kohlenförderung Konkurrenz machen. In England existiert keine Kohlennot mehr, vielmehr herrscht schon Mangel an Absatz und werden infolgedessen zahlreiche Feuerstätten eingelegt und Bergarbeiter entlassen. Die Kohlenrationierung ist aufgehoben. Auch in Holland, Belgien, der Schweiz und auch in Frankreich ist die Zwangsverteilung der Kohle gelockert. Ein deutlicher Beweis für die bedeutend bessere Kohlenversorgung. Die lange noch und die Welt steht wieder im Zeichen der Kohlenüberproduktion. Angesichts dieser Entwicklung ist es ein ungeheurer Zustand, daß Deutschland trotz seiner schlechteren Kohlenversorgung nun noch mehr Kohlen nach Frankreich, Belgien usw. liefern soll. Diese Kohnellieferungen werden die Lage der englischen, belgischen und französischen Kameraden verschlechtern und den deutschen Bergleuten nicht nützen. Deswegen muß ein vernünftiges Kohlenabkommen zwischen der Entente und Deutschland getroffen werden.

## Gesellschaftliche Ueberblicke.

Die große Gesellschaftlicher Aktien-Gesellschaft veröffentlicht einige Ziffern aus ihrer Abrechnung über das nur neun Monate umfassende Geschäftsjahr 1920. Vergleichen wir diese mit den Vorjahresziffern:

	1919 (12 Mon.)	1920 (9 Mon.)
Rohgewinn	36 649 057 Mk.	48 091 974 Mk.
Umschreibungen	13 477 769 "	25 000 000 "
Reingewinn	23 171 288 "	18 091 974 "
Dividende	11 %	9 %

1920 wurde monatlich ein Rohgewinn von rund 5,3 Mill. Mk. erzielt, gegen 3,5 Mill. Mk. monatlich im Vorjahre. Trotz des bedeutend höheren Ueberflusses erweist die Lage „verschlechtert“, denn es sind ja nur 9, statt 11 Prozent Dividende verteilt worden. Obige Tabelle zeigt ganz klar, daß diese „Verschlechterung“ durch eine gewaltige Erhöhung der Umschreibungen erreicht worden ist. Wir sehen, daß die „meisten“ Werte mit „Zuschuß“ arbeiten; aber: 42 Prozent der Werte werten überhaupt keinen Gewinn mehr ab. Warum nennt man denn die Namen dieser armen Böden nicht öffentlich? Warum hindert man die Betriebsräte an der Feststellung der Selbstkosten und Einnahmen? Sollte man doch vielleicht hier und da keine „reinen Papiere“ haben?

## Kollatratpreisrückführung abgelehnt!

In der am 1. Februar 1921 abgeschlossenen Vollziehung des Reichskollatrats wurde in der Sitzung des Reichskollatrats vom 15. Januar 1921 wegen Erhöhung der Inlandspreise für Kollatrat und Kollatratfabrikate, dessen Beschlußfassung in der Vollziehung am 21. Januar verabschiedet worden war, erörtert. Nach eingehender Beratung wurde der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt. Gegen die Preisrückführung stimmten sämtliche elf Vertreter der Arbeiter und Angestellten sowie die vier Vertreter der landwirtschaftlichen Verbraucher. Letztere glaubten im Hinblick darauf, daß bei den fortgesetzt sich erhöhenden Produktionskosten der Landwirtschaft ohne Erhöhung der Preise für die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, namentlich für Getreide, die Erhöhung der Inlandspreise für Kollatrat eine weitere Steigerung der Selbstkosten bedeuten würde, zurzeit die Zustimmung zu dem Antrag des Reichskollatrats verweigern zu müssen. Auch könne von ihnen nicht die Bestätigung unterbedacht werden, daß eine Kollatratpreisrückführung unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen weiteren Rückschlag der Verwendung von Kollatrat in der Düngemittelherstellung der deutschen Landwirtschaft zur Folge haben würde. Nach den Erfahrungen der Vertreter der Arbeiter in Kollatratbau könnte, trotz Wichtigkeit der von der Kollatratindustrie als Begründung für die Preisrückführung geltend gemachten Gesichtspunkte, erst dann der Antrag eingereicht werden, wenn feste Abmachungen mit den Arbeitgebern, die Gewährung dafür bieten, daß bei den ungeheuer hohen Lebensmittelpreisen den Arbeitern im Kollatratbau eine weitere Erhöhung der Preise für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 21. November 1920 bereits zugewandene Steigerung noch hinausgehende Erhöhung der Arbeitervergütung gewährt ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Braunkohlenpreise heute fast doppelt höherer Löhne erhalten. Von dem Vertreter des Kollatrathandels wurde darauf hingewiesen, daß für den Handel in erster Linie nähere Preise von Wert sind. Da jedoch der Verkauf der Erzeugnisse über den Antrag des Reichskollatrats auch in den geringsten Anhalt für die Annahme mangeltender Begründung der Preisrückführung angeht, vielmehr im Gegenteil alles das, was die Kollatratindustrie durch das Bestehen der Kollatratindustrie anerkannt worden sei, so habe die Allgemeinheit das größte Interesse daran, die Kollatratindustrie unter allen Umständen lebendig und leistungsfähig zu erhalten. Daher könne dem Erhöhungsantrag seitens des Handels die Zustimmung nicht verweigert werden. Von den Vertretern der Kollatratwerksbesitzer und des Reichskollatrats wurden unter Bezugnahme auf das in der Begründung zum Antrag beigelegte Zahlenmaterial noch eingehende Angaben, abgesehen von Unterlagen bezüglich des Kollatratindustrie ergebene wünschenswerten Inlandsabfahres, über die mangelnde finanzielle Lage des werts des größten Teiles der Kollatratwerke sowie über den vollständig dornigen Abfahres nach dem Auslande gemacht. Die Ausfuhr nach Amerika sei bereits seit längerer Zeit durch Null. Das übrige Ausland, in dem sich die durch den Friedensvertrag entstandene effektive Konkurrenz sehr bemerkbar mache, halte mit Anlaufen sehr zurück. Außerdem werde auf die für die deutsche Kollatratindustrie im Auslande, besonders in Amerika, durch die Lagernden ungeschützten Kollatratamerikaner verursachten Verhältnisse hingewiesen. Die durch den für verbindlich erklärten Schiedspruch für die Kollatratindustrie entstandene Mehrausgabe an Arbeitervergütung belaufe sich auf rund 42 Millionen Mark, zu deren Ertragung oder zur weiteren Erhöhung die Industrie erst nach Bewährung einer Preisrückführung Stellung nehmen könne. Außerdem sei noch die Entscheidung über den Schiedspruch hinsichtlich der Frage der Erhöhung der Gehälter der Angestellten im Kollatratbau aus, so daß der Industrie gegebenenfalls dadurch noch weitere Ausgaben erwachsen würden.

Die Beschlußfassung über die Richtlinien für die Ausführbewilligungen in Kollatratangelegenheiten wurde gegen den Widerpruch der Arbeitnehmer — die Arbeitnehmervertreter verlangen positive Bestätigung des Ausschusses nach den Abmachungen in der Reichsarbeitsgemeinschaft, während es nach der Meinung der Mehrheit des Reichskollatrats sich nicht um die Errichtung einer Kollatratbankstelle handelt, — dem Zweiten Ausschus des Reichskollatrats übertragen.

## Die effektiven Kollatratwerte werden Staatsbetriebe.

Die französische getriebene Kollatratgesellschaft (Kammer und Senal) hat den vernünftigen Beschluß gefaßt, die effektiven Kollatratwerte, deren es 17 fertige und halbfertige gibt, nicht dem Privatkapital zu überlassen, sondern für den Staat zu erwerben. Ursprünglich war ein Kaufpreis von 150 Millionen Franks vorgesehen. Das Parlament beschloß aber,

## Begegnungen.

Sind Begegnungen alle die,  
Die Wege machen, großen  
Wo irgend hin, nun gleich, wenn sie  
Auch gar kein Ziel nicht haben?

Ja, Begegnungen sind auch die,  
Die Totenwege machen  
Für ihre Brüder — auch für sie!  
Sind in des Abgrunds Schatten.

Nach Begegnungen sind auch die,  
Die hin und rückwärts hauen  
Den Weg zur alten Weltorte.  
Und gar nicht vorwärts schauen.

Ja, Begegnungen sind sie wohl —  
Doch nicht zu unserer Hilfe!  
Und solche Köpfe, hirnlos, doch,  
Schießt leider Gott noch viel.

Saxl Buchwald, Berlin.

## Bergmannstypus in Eigenheim.

Eine Bergmannscheidung in einer Industrieergänzende zwischen Betriebsrat und Arbeiter. Halb ländlich, halb städtisch. Ein schöner Tag. Die Bergleute haben nach langem Kampf vor ihren Gewerkschaften und unterhalten sich. Am Eingang der Siedlung zwei Doppelhäuser. Hier wohnen vier Bergleute, alle langjährig frei organisiert. Die Eigentümer. Einer von der Reichskollatrat, der zweite von der Reichskollatrat, der dritte von der Reichskollatrat und der vierte von der Reichskollatrat. Sie haben alles was ihnen das Geld gibt, doch nicht zu reden, sondern lieber noch mal in seine Tasche aufpassen zu können. Sie haben alles was sie brauchen, um sich zu erholen, aber nicht zu reden, sondern lieber noch mal in seine Tasche aufpassen zu können. Sie haben alles was sie brauchen, um sich zu erholen, aber nicht zu reden, sondern lieber noch mal in seine Tasche aufpassen zu können.

Kinder bis zum 21. Lebensjahr Sintergeld beziehen können; warum er seine Kinder nicht Bergmann werden ließ usw. „Mit euch wird man nicht fertig“, sagt der Beamte. „Aber! Wiedersehen!“

Ein Landwirt geht vorbei. Die Kumpels, die ihn kennen, rufen ihn an. „Ja, nur, wie gefallen Dir die Bergmannshäuser?“, „Glaub ich auch“, sagt der Landwirt, „für die Bergleute werden Häuser gebaut und wir müssen es bezahlen.“ Jetzt wird ihm aber heimgeleuchtet! Das sei nicht wahr, die 6 Mk. pro Tonne zum Häuserbau würden einfach weniger an Lohn gezahlt, er solle sich mit der Preisleistung für Öl, Milch und Eier versehen. Dabei brauche der Bauer doch kein Ammoniak, die Kuh laue noch immer dasselbe Gras und die Hühner suchen noch immer die Würmer, die im Preise nicht gestiegen seien. Ob die Bauern nicht 10 Prozent von diesem Erlös abtreten wollten, um Häuser für diejenigen zu bauen, die 4 1/2 Jahre ihre Scholle verteidigt hätten und jetzt keine Wohnung bekommen könnten? — Der Landwirt wird nachdenklich bei solchen Ausführungen und sagt: „Ja, wo das noch hinaus soll, weiß kein Mensch. Wir ahnt nichts Gutes, wenn es nur nicht so weit kommt, daß sie mir das Vieh aus dem Stall holen.“ Jetzt macht sich der Moslauer (ber sich bis dahin etwas zurückgehalten hatte) ins Gespräch: So schlimm wird es nicht werden. Selbst wenn der Bergmannswissen kommt, wird man auch keinen Bauern nichts tun. Die Großen werden wohl zum Verlust geacht, aber ihr feid Arbeiter wie wir alle.“ Die drei anderen grinsen, denn sie wissen, daß der Landwirt dem Moslauer während des Krieges, so zu ein paar Pfundigen Helgen und Kartoffeln überlassen hat. Der Landwirt verzicht sich nach Wäutern und die vier Kumpels ebenfalls, um morgen wieder neugestärkt die Kohlenbäder schlingen zu können.

Gleich daneben zwei andere Doppelhäuser, von vier Bergleuten bewohnt. Alle vier lange Jahre im christlichen Gewerksverein. Zwei im katholischen Gewerksverein, einer zwar nicht im Gewerksverein, aber lange Jahre im Gewerksverein. Der vierte langjähriges Mitglied des evangelischen Arbeitervereins. Auch sie werden zusammen und unterhalten sich. „Ja“, sagt der Gewerksvereiner, „alles gut und schön, auch mit unster Siedlung, die man früher nicht gewacht hat, aber ich meine, bei einer Monarchie wäre mehr Ordnung im Land. Minnetwegen können die Sozialisten wiederkommen.“ Der Zentrumsmann, der gerade heute noch den Artikel in der „Ehnen Volkzeitung“ gelesen hat, wo man ihm gegenüber wurde nachgewiesen wurde, daß die Katholiken früher nicht in hohe Staatsämter gelangen konnten, erwidert etwas böse: „Monarchie wäre nicht so schlimm, aber die alte Regierung wollen wir nicht wieder haben, die hat uns auch immer an die Wand gedrückt.“ Der andere schreigt, denn er weiß, der Zentrumsmann ist etwas ängstlich, und wenn sie morgen dieser Sache im Streit geraten, er die in fünf Jahre stünde an ihm vorbeigehen würde und bis 19 als Arbeiter nicht angesehen. Sie unterhalten sich noch eine Weile über den Bau und den Handel, daß die Kinder große Ansprüche machen, als wenig Stoff und Bekleidung usw.

nisiert. Einer war überhaupt noch nie organisiert. Der andere war mehrere Jahre im Verband, verlor aber 1912 den Post. Die zwei anderen waren früher schon mal christlich und auch frei organisiert. Sie unterhalten sich über Querschnitte und Ausdrücke, Vlag, Kaufkraft und Zinefrau, und kommen dann auf die Organisation zu sprechen. Da sagt der, welcher noch nie organisiert war: „Was machen die Organisationen? Mir! Wenn man nicht organisiert sein müßte, hätte ich ihnen schon lange das Vieh vor die Knochen gekammt!“ „Ja“, sagt seine Frau, die daneben steht, „das ist weggekommenes Geld.“ „Was will ich nicht sagen“, sagt nun der andere, der früher schon mal länger organisiert war, „Paris, Berlin, Urlaub, Lebensmittel usw., da müssen wir doch die Organisationen haben, sonst machen sie wieder wie früher mit uns was sie wollten.“ „Gewiß“, sagt nun der andere, „aber sie hätten mehr machen müssen. Schlußentzug und höheren Lohn.“ „Du müßt aber bedenken“, entgegnet der eine, „daß dann der Kohlenpreis zu hoch würde und dann würden die anderen Arbeiter, die so schon auf die Bergleute schimpfen und dann noch mehr Grund dazu hätten, uns noch mehr als Egoisten bezeichnen.“ „Ach, laß sie machen, was sie wollen!“ Mit diesen Worten ist das Gesprächsthema erschöpft. Alle vier begeben sich zur Ruhe.

Kameraden, so leben, so reden, so denken sie, die Bergleute im Ruhrgebiet, mit Ausnahme derer, die sich dem Verleumdungen der Arbeiterkassette schon so weit vorgeschrieben ist, daß sie sich am liebsten gegen sie die Köpfe einschlagen. Die Reaktion wird sich das natürlich anzuhe machen. Betrachten wir die Berggeschichte. Lassen wir an unserem gestrigen Tage vorübergehen, wie Karl der Große den Sachsen die Köpfe einschlug, um sie zu bekehren, wie die Scherer des Jahres unter dem Aufse: Gott ist groß und Mohammed ist sein Prophet! jeden Unterdenkenden ausroteten, wie im Mittelalter die blutigsten Religionskriege ausgefochten wurden, um die Bibel zu interpretieren, mit dem Erfolge, daß man heute noch nicht weiß, ob Rom oder Wittenberg recht hat, wie in der französischen Revolution zuguterletzt die Guillotine ihre eigenen Scherker fraß und Napoleon hinterher folgte. Dann fragen wir uns: Soll sich die Geschichte noch einmal wiederholen? Soll vielleicht nochmals unter dem Aufse: Der Kommunismus ist groß und Lenin ist sein Prophet! Europa sich selbst umbringen? Gaben wir überhaupt in unserer heutigen Kulturwelt solche Mittel noch nötig?

Ich denke nicht. Seien wir uns darüber klar, daß schon im Weltkrieg drei Viertel der Männer, die ein unglückliches Verhängnis in den Krieg hineinrag, im Gezen diese Vorwelt verabschiedeten. Bleiben wir bei den Methoden der Demokratie, wie sie der Sozialismus im Reichskollatrat gelehr hat. Wohl wird die Entwicklung etwas langsamer vor sich gehen, aber was geschehen wird, wird sich auch besser im Werte verhalten und kein neuer Napoleon wird noch mehr die Welt übergehen die Macht ergreifen würde, nur einem neuen Napoleon über Napoleon die Wege ebnen, ohne unser Ziel, den freien Arbeiter im freien Staat, zu erreichen.

nur 60 Millionen zu bewilligen und weitere 15 Millionen für Verbesserungen der Anlagen auszurufen...

Kohlenproduktion des Auslandes.

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat auch eine Krise in der Kohlenindustrie hervorgerufen. Die Kohlenbergwerke müssen vielfach ihre Betriebe einstellen...

Wenn wir aber von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden Einschränkung der Kohlenförderung absehen, und auf diese Weise über die Kohlenproduktion der Welt Umschau halten...

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Produktion sowohl der Steinkohle, besonders aber der Braunkohle, sehr bedeutend über die Zahlen der Vorkriegszeit gestiegen...

In Holland ist im Jahre 1920 mehr als zweimal soviel Kohle produziert worden wie 1913 (3.940.000 Tn. gegenüber 1.973.079 Tonnen im Jahre 1913)...

Frankreichs Kohlenproduktion im Jahre 1913 betrug 40, im Jahre 1920 dagegen nur 32 Millionen Tonnen, die Erzeugung im Saargebiet inbegriffen...

Wir erwähnen hier noch die Entdeckung von ungeheuren Kohlenlagern in Südafrika, das sogenannte Banks-Kohlenlager bei Johannesburg, das größte bis jetzt bekannte Kohlenlager der Welt...

Wenn wir noch die gewaltige Steigerung der Weltproduktion, welche in erster Linie in der Zeitjahre hervorgeht, betrachten, so ist die Erzeugung von elektrischem Strom am Ertrag der Kohle, dann müssen wir den Wirtschaftsoptimisten in diesem einen Punkt recht geben...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zur Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A.D.G.B.)...

Wir die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Epochenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands...

Stellung der Arbeiterklasse in Oberschlesien.

Durch die Volksherrschaft hat sich die Stellung der Arbeiterklasse in Oberschlesien ferner zum Deutschen Reich geändert...

Es wäre ein Irrtum, wenn man glaubt, daß die Oberschlesier, die gegen den Anschluß an Polen sind, nun auch alle Deutsche seien...

Was das bedeutet, brauchen wir an dieser Stelle nicht weiter auseinanderzusetzen. Auch zum Schutze der Hausgewerbetreibenden hat man in Polen noch nichts getan.

Daß in Polen von einem gesetzlich verantwortlichen Betriebsratwesen nicht die Rede sein kann, wollen wir nur nebenbei bemerken.

In Deutschland wird die organisierte Arbeiterklasse unentwegt an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen weiterarbeiten.

Aus all diesen Gründen kann der Oberschlesier kein hochgradig eigener Vorteil zu keiner anderen Stellungnahme veranlassen...

Eisenbahner gegen Moskau.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat sich in seiner Sitzung am 2. Februar in Ergänzung eines erweiterten Vorstandes beschlusses nochmals mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale befaßt...

Wer als Mitglied des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Beschlüssen und Weisungen der Dritten Internationale auf gewerkschaftlichem Gebiete folgt, vertritt gegen die Verbandsbestimmungen, die die Beschlüsse der Verbandstage in Gené und Dresden, und stellt sich damit außerhalb des Verbandes.

Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

In Nr. 5 des „Korrespondenzblattes“ des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 21. Januar bepricht Dr. Schäfer die gegenwärtige Lage und die für die Arbeiter ungenügenden wirtschaftlichen Fortschritte.

Internationale Rundschau.

Grubenkollagen in Frankreich.

Dem französischen Bergarbeiterblatt „Le Travailleur du Sous-Sol“ (Nr. 2, 1921) entnehmen wir folgenden Artikel, der geeignet ist, Aufsehen zu erregen.

„Figearc, 31. Dez. 20. Wie auf vielen Gruben, die seit einem Monat vom „Bureau des Charbons“ (französisches Staatskohlenamt) keine Verlaubnisse zur Erneuerung erhalten, so ist auch dort die Produktion zum Stillstand gekommen.“

Diese Zeiten bilden das Feuilletonsgeschäft, welches den Bergarbeitern des Departements du Lot in Gestalt einer Bekannmachung angeboten wurde.

Wie ist dies nun möglich geworden, daß in einem Lande, in welchem die Kohlenproduktion noch herrscht, der Kohlenbergbau ohne Arbeit ist?

Es wäre ein Irrtum, wenn man glaubt, daß alle Oberschlesier, die gegen den Anschluß an Polen sind, nun auch alle Deutsche seien, wenigstens die deutsche Sprache sprechen.

Verbreitung der polnischen Sprache in Oberschlesien.

Es wäre ein Irrtum, wenn man glaubt, daß alle Oberschlesier, die gegen den Anschluß an Polen sind, nun auch alle Deutsche seien, wenigstens die deutsche Sprache sprechen.

In ihrer Muttersprache reden können. Aber welche Enttäuschung! Die Oberschlesier konnten diese Redner ebenfalls verstehen mit die deutschen. Es stellte sich dann gewöhnlich heraus, daß die polnischen Redner aus Konarspöhlen oder Galizien kamen.

Es war einer der schlimmsten Fehler der preussischen Regierung in früheren Zeiten, daß sie auf diese Besonderheit Oberschlesiens nicht die gebührende Rücksicht nahm.

Die Generalversammlung des Schlesischen Knappheitsvereins fand am 28. Januar d. J. in Halle statt und brachte eine Reihe Verbesserungen für die Mitglieder.

Knappheitsvereins Halle.

Die Generalversammlung des Schlesischen Knappheitsvereins fand am 28. Januar d. J. in Halle statt und brachte eine Reihe Verbesserungen für die Mitglieder.

Der Vorstand des Schlesischen Knappheitsvereins hat sich in seiner Sitzung am 28. Januar in Halle mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale befaßt.

In der Besprechung über die Aufnahme von Mitgliedern in die Halle wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Aufnahme von Mitgliedern in die Halle wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt:

Die Aufnahme von Mitgliedern in die Halle wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt:

Die Aufnahme von Mitgliedern in die Halle wird durch die folgenden Bestimmungen geregelt:

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Rudolf Anlauf und Johann Walling.

Wieder hat der Tod zwei alte Kämpfer der freien Gewerkschaften dahingerafft. Am 20. Januar d. J. starb in einem Lübbelbacher Krankenhaus unter neuer Kamerad, der langjährige Anlaufkämpfer Paul Anlauf an einem im Jahre 1900 erlittenen Schlaganfall.

Stehen die Mitglieder unseres Verbandes auf dem Papier?

Jemand ein Rechenmeister der Gewerkschaften Arbeiterunion (noch nicht etwa der Kassierer wegen Mangel an arbeitsfähiger Arbeit) verfaßt, obige Frage in recht einfacher Weise in bejahender Form zu beantworten.

Die Ortsverwaltung der Zeche Bismarck. J. U. Wende.

Ueberzeugungstreu und Mut.

Nachfolgende Zeilen möchte ich an unsere Kameraden richten, um die „Werte“...

Walter Gudermann, Unna.

Diebstahlstätigkeit und Kohlensozialisierung.

In dem Aufsatz in voriger Nummer ist ein fassendender Bericht...

Den Schimmel übertrumpft.

Auf der Seite Nordhessen im Wurmzevier wurde früher die...

Nun wird uns mitgeteilt, daß das radikale Betriebsratsmitglied...

Aus dem Spiegelspiegel.

Fast alle Tage sieht man in der kommunistischen Presse Warnungen...

„Wahr ist zu jeder Zeit, Dann ist es - Kommunismus.“

Der beste Beweis für die Wahrheit ist gebrochene Kommunismus...

Der Spiegel ist bei den Kommunisten so weit gediehen, daß...

Der Spiegel ist bei den Kommunisten so weit gediehen, daß...

Zehn Gebote zur Führung des Verbandslebens.

- 1. Besuche keine Versammlungen. 2. Wenn du kommst, so komme zu spät. 3. Wenn das Wetter schlecht ist, so komme nicht mit.

Aberbergsmitglied kann. Einmal ausländischer Exp.

Die letzte in Berlin in der letzten Konferenz unseres Verbandes...

Die am 30. Januar in Weidenbrunn versammelten Bergarbeiter...

Es ist selbstverständlich, daß wir mit unserer Organisation...

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Paul Gummerling ?

Am 24. Januar starb unter treuer Mitwirkung Paul Gummerling...

Jahreskonferenz des Zwickauer Bezirks.

Am 8. Februar tagte in Zwickau die Jahreskonferenz unseres...

Nach dem ersten Monate des neuen Jahres hatte der Verband...

Große Sorgfalt wendet der Verband der kaufmännischen und...

Konferenz der Jugendobstente in Cottbus.

Am 23. Januar tagte im „Kongresshaus Kollwitz“ in Cottbus...

Die am 31. Januar 1921 im Kongresshaus Kollwitz, Cottbus...

Saargebiet.

Aus dem Saarbergbau.

Die Tagespresse brachte kürzlich eine Notiz, wonach die...

In einer Verhandlung wurde uns die französische Grubenverwaltung...

Nach weiteren Meldungen wird die Krise seitens der französischen...

Die Saarbergleute appellieren an die Regierung, die Austausch-...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die...

Da die Verbandsmitglieder.

Von kommunistischer Seite wird Kampfkraft getrieben, um...

Dieser Kampf wird nun mit aller Deutlichkeit gesetzt werden...

Die letzten Monate sind nun mit aller Deutlichkeit gesetzt werden...

Die letzten Monate sind nun mit aller Deutlichkeit gesetzt werden...

Die letzten Monate sind nun mit aller Deutlichkeit gesetzt werden...

Es kommt bei der Auswahl der Kandidaten nicht die parteipolitische...

Wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam, daß die...

Die von politischen und wirtschaftlichen Reaktionen bedrohten...

Unter Bezugnahme auf diesen Beschluß weisen wir darauf hin, daß...

Die Bezirks- und Kreisverwaltungen sind verpflichtet, um solche...

Wir haben uns nur schweren Herzens zu diesem Schritt entschließen...

So zum, den 10. Februar 1921.

Der Verbandsvorstand.

Die Mitglieder Josef Wagner (Haupt-Nr. 160 693), Jakob...

Jugend-Sekretär gesucht. Zur Leitung der Jugendbewegung...

Krankunterstützungs-Auszahlung.

Abgabe. Die Kameraden werden ersucht, beim Empfang...

Waren. Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags, beim...

Stroh. Jeden dritten Sonntag im Monat beim Kassierer Ernst...

Dinner. Jeden Sonntag, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, beim...

Stroh. Jeden Sonntag von 1 bis 8 Uhr beim Kameraden...

Stroh. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vorm...

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu...

Bücheraktionen.

Bücheraktionen. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden...

Bücheraktionen. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden...

Bücheraktionen. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden...

Bücheraktionen. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden...